

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Deutschland: Nachrichten Dresden.
Herausgeber-Sammelnummer: 23 241.
Rue de la Poste 20 001.

Bezugs-Gebühr vierter Abdruck in Dresden und Bremen bei gewöhnlicher Zeitung bis bei ein-
maliger Zulassung durch die Post 10 Pf., monatlich 2,60 M., monatlich 2,20 M.
Die einzelne 27 mm breite Seite 10 Pf., auf Anfrage unter Stellen- und
Wohnungsanschrift, einzeln 10 Pf. und Postkarte 15 Pf., Postkarte mit Tinten-
oder Bleistift-Markierung gegen Steuerabzug. Eine Reihe des Vorabendblatts 10 Pf.

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38-40.
Druck u. Verlag von Leyrich & Reichardt in Dresden.
Postliches-Konto 19 396 Leipzig.

Literatur
kostenlos

Hupfeld
Waisenhausstr. 24

Die beste Kapitalsanlage
von bleibendem Wert
ein Hupfeld-Rönisch-Instrument

Flügel
Pianos
Phonola

Vorführung
unverbindlich

Rönisch
Waisenhausstr. 24

Die Untersuchung der Schuldfrage.

Fortsetzung der Berhandlungen.

Eröffnung und Verhandlung unter Berliner Schriftleitung.
Berlin, 22. Okt. Der zweite Unterausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses hat heute die Verhandlungen fort. Am Begehung sind neben dem früheren Reichskanzler Bethmann-Hollweg, dem Botschafter a. D. Helfferich auch der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Zimmermann Blaß gekommen. Unter den zahlreichen Abgeordneten bemerkte man auch den Präsidenten der Nationalversammlung Gebrecht.

Der Vorsitzende Abg. Warmuth stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, daß in der Presse Klagen über die Unzulänglichkeit des Raumes erhoben worden sind. Diese Klagen seien durchweg untreffend. Es bestehe die Aussicht, daß die nächste Sitzung des Ausschusses im Herrenhausssaal abgehalten werden könne. Alsdann wird in die Verhandlung eingetreten und die

Bernauung des Grafen Bernstorff

Abg. Dr. Naray (Soz.): Der Feuge hat gestern Neuerungen getan, wonach in der kritischen Periode 1916 Wilson erklärt habe, er könne England nicht anwenden, weil Wilson nicht die amerikanischen Handelsbeziehungen mit England aufrechterhalten würde. Ich halte diesen Punkt für außerordentlich wichtig zur Bernauung der Wilsonschen Politik und bitte um höhere Auskunft über diese Gebundenheit.

Graf Bernstorff: Von dem Tage der Versenkung der „Lusitania“ an bis zur Versenkung der „Sussex“ und unserer nachherigen Einigung ist in Amerika niemals ein Augenblick gewesen, in dem keine deutsch-amerikanische Kontroverse bestand. An dem ganzen Jahre vom 7. Mai 1915 bis zum 4. Mai 1916 folgte eine deutsch-amerikanische Kontroverse der anderen. Niedersmal, wenn wir glauben, irgend etwas erhalten zu haben, gewiß wieder eine Versenkung oder eine Versicherung, oder ein anderes Vorfall trat ein, der alle Handlungen in Amerika illustrierte. Während dieser Zeit hatte sich der gesamte amerikanische Handel auf die Entente eingestellt. Die Ausfuhr nach den Ententeländern war so groß, daß eine Lieferung nach Deutschland nur ein Trocken auf den hellen Stein gewesen wäre. Die amerikanischen Handelskreise hatten durchweg einen Interesse daran, ihren Handel mit der Entente aufrecht zu erhalten. Wenn also Wilson so vorgegangen wäre, daß er diesen Handel gefährdet hätte, dann würde er die öffentliche Meinung in Amerika gegen sich gehabt haben. Wilson hat auch immer abgelehnt, die bewaffneten Handelsfahrt aus den amerikanischen Häfen fernzuhalten, weil er damit den amerikanischen Handel schädigte, da es keine anderen Handelschiffe für die Amerikaner gab.

Gehöriger Rat Schäfer: Am 5. Mai 1916 hat sich zum ersten Male im Reichstag

der Reichskanzler über die Kriegsschäle

ausgesprochen und erklärt. Belgien sollte nicht wieder ein Bollwerk in der Hand der Entente werden.

Dr. Spahn erläutert das dahin, daß Belgien politisch-militärisch und wirtschaftlich in unserer Hand bleiben müsse. Das war in der selben Zeit, als der Unterseebootkrieg in verschärfter Form vollzog. Wie stellen sich die gegnerischen Autoritäten zu diesen deutschen Vorüberlegungen?

Prof. Goehring: Graf Bernstorff ist also der Ansicht, daß die Verschiebung der wirtschaftlichen Interessen Amerikas nach England im Juli 1916 bereits so stark war, daß Wilson nicht in der Lage war, gegen die öffentliche Meinung aufzutreten?

Graf Bernstorff: Jawohl. Besonders hat die französische Frage die Amerikaner am meisten interessiert. Gerade wegen Belgien ist die öffentliche Meinung in Amerika in erster Linie gegen uns aufgetragen. Bis zur „Lusitania“ war überhaupt in der ganzen antideutschen Propaganda in Amerika eigentlich von nichts anderem die Rede, als von Belgien. Ich zweifle nicht, daß man bei der Friedensverhandlung unter allen Umständen die volle Wiederherstellung von Belgien verlangt hätte, und daß man ohne diese Erfüllung nicht über den Frieden verhandelt hätte.

Vorsitzender Warmuth: Es ist eine ganze Reihe von Auffassungen über die belgische Frage an Sie eingeraten. Es wurde Ihnen nahegelegt, dahin zu wirken, daß Wilson überzeugt sein könnte, daß wir von einer Auseinandersetzung mit Belgien nichts wissen wollen. Glauben Sie, daß Wilson das genugt hätte, wenn Sie ihm das vorgetragen hätten, oder hätte er positiv verlangt, daß eine Wiederherstellung erfolgen sollte?

Graf Bernstorff: Wenn wir erklärt hätten, daß wir Belgien nicht annehmen wollten, so würde das Wilson für den Beginn seiner Friedensverhandlungen als genügend betrachtet haben.

Abg. Dr. Schädel: Durch welche Ereignisse abgesehen von der Ausübung des unbedingten Kriegserbrechens und von der Deportation der Belgier, ist die amerikanische Stimmung gegen uns beeinflußt worden, so daß das amerikanische Volk die Sympathien für die Friedensvermittlung verlor?

Graf Bernstorff: Es handelt sich um die sogenannten Verschwörungen in den Vereinigten Staaten. Von der feindlichen Propaganda wurde behauptet, daß von deutscher Seite Verschwörungen in Amerika veranlaßt worden sind, die sich nicht im Einklang leanten mit den amerikanischen Gesetzen.

Abg. Dr. Schädel (Soz.): Welcher Art waren sie?

Graf Bernstorff: Nach meiner Aussicht hat es Verschwörungen nicht gegeben. Ich reiche auf dem Standpunkt, daß irgendetwas, was an dem Ausdruck Verschwörungen berechtigte, niemals bestanden hat. Es sind nur einzelne Handlungen vorgenommen worden, die nicht mit dem Wege der Vereinigten Staaten in Einklang zu bringen waren, mit denen wir aber niemals etwas zu tun gehabt haben.

Abg. Dr. Schädel (Dem.): Stellen diese Vorfälle geheimen Verbrechen mit politischen Motiven dar, wie Brandstiftung usw.?

Graf Bernstorff: Die Vernehmung in sämtlichen Fällen erfolgte, nachdem ich die Vereinigten Staaten verlassen hatte. Es handelte sich um die beiden deutschen Konsuln und Herrn Minnells. Ich weiß nicht, inwiefern diese Herren überführt worden sind oder nicht. Ich weiß allerdings, daß seitens einiger dieser Herren Soziale Gewerbe betrieben werden soll.

Abg. Dr. Schädel (Soz.): Es ist von Amerika behauptet worden, daß die Militär- oder Marinebeamten an diesen oder anderen Orten nicht beteiligt waren.

Graf Bernstorff: Diese Behauptung kann ich bestätigen. Der Marine- und der Militär-Attache mussten auf Grund solcher Angabe abberufen werden. Es ist gesagt worden, die Herren seien durch die Tägigkeit solcher Agenten kompromittiert worden.

Abg. Dr. Schädel (Soz.): Was für Agenten?

Graf Bernstorff: In New York erhielt eines Tages Kapitänleutnant Minnells bei mir im Hotel. Ich fragte ihn nach dem Grund seines Besuches, worauf er antwortete, das dürfte er mir nicht sagen. Ich habe mich daraufhin mit ihm nicht weiter abgegeben und in Berlin schließlich angefragt. Eine Antwort habe ich nicht erhalten. Später erbat er in Washington meine Hilfe, indem er sich auf das Kriegsministerium berief. Auch erwiderte ich, ich würde mich in Berlin erkundigen, ob das Kriegsministerium ihn kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaubt, würde ich sofort meine Abberufung beantragen. Staatssekretär Lansing hat mir damals aber категорisch geantwortet: Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt, und er würde es außerordentlich bedauern, wenn ich Washington verließe, da ich mit allen wichtigen Verhältnissen vertraut war. Diese Aufführung Lansing hat mir Oberst House zwei Tage später in noch härterer Form wiederholt.

Abg. Goehring: Die Stellung der Militär- und Marine-Attache war also völlig selbstständig. Sie waren dem Botschafter nicht untergeordnet. War das allgemein so oder nur bei der deutschen Botschaft?

Graf Bernstorff: Die Stellung der Militär- und Marine-Attache war immer zweifelhaft. In allen militärischen Fragen unterstanden sie direkt den Befehlen, während des Krieges aber hatte sich die Lage infolge verschieden, als die Attache von Washington nach New York überstellt. Ich habe demnach auf die beiden Herren nur insofern Einfluss gehabt, als ich sie hin und wieder in New York sprach. Im übrigen handelten sie vollkommen selbstständig und waren nicht auf das Geld der Botschaft angewiesen. Aehnliche Verhältnisse herrschten überall. In meiner langjährigen diplomatischen Praxis habe ich mehrfach erlebt, daß Militär-Attache z. B. wegen Spionage abberufen wurden, und niemand hat daran gedacht, nun auch die civile Botschaft mit in die Sache hineinzuziehen. Die Verhandlungen dauerten bei Tag und Nacht dieser Ausgabe noch an.

abgesetzt. Alles, was wir herübberschritten, wurde diskutiert. Daß diese Chiffren später bekannt wurden, lag wohl an der großen Zahl der Diskretionen Berichte. Die österreichisch-ungarische Botschaft hat im September 1915 dem amerikanischen Journalisten Archibald einen Bericht mitgegeben, in dem er den Vorschlag eines österreichisch-ungarischen Journalisten überreichte, der beantragte, man möge Geld bereitstellen, um unter den ungarischen Arbeitern in einigen wichtigen Betrieben Amerikas Streiks zu inszenieren. Dieser Brief war nicht offiziell. Er wurde Archibald in England abgenommen. Darauf wurde die Abberufung des Botschafters verlangt. Als v. Papen und Bon-Ed abberufen wurden, mußten zur Abwidrig ihrer Geschäfte Herren berichten werden. Die militärischen Dinge übernahm Herr v. Ingel. Es wurde für diese Zwecke ein besonderes Bureau in New York errichtet. Dieses wurde eines Tages von Beamten geplündert. Der Geldschrank stand gerade offen und Alten lagen auf dem Tisch. Diese Alten haben die Beamten mitgenommen. Dem Verlangen, diese Alten an mich zu nehmen, bin ich nicht gefolgt, weil sie keine Alten der Botschaft waren und ich mit den Dingen der Botschaft nichts zu tun hatte.

Abg. Dr. Cohn: Haben Sie nicht protestiert wegen Verletzung der Extraterritorialität?

Graf Bernstorff: Ja. Es wurde aber die Theorie aufgestellt, Herr v. Ingel wird wegen Verbrechens verfolgt. Die Konvention gegen die Extraterritorialität ist niemals entschieden worden, da inzwischen die Friedenssäklerie einschreibt.

Abg. Dr. Cohn: Da das Verbrechen näher bezeichnet worden?

Graf Bernstorff: Es sind die angeblich vom Militär-Attache inszenierten Verschwörungen.

Prof. Bonn: Es steht jedenfalls fest, daß die sogenannte Verschwörung ihre Aufgabe in der öffentlichen Meinung nicht erfüllt hat; anderseits aber haben Sie jede Kenntnis von dieser Verschwörung abgeschriften, und das in Ihnen persönlich auch geplündert worden; denn Sie haben trotz der Verschwörung auch weiterhin mit Oberst House persönlich in einem Vertrauensverhältnis gestanden.

Graf Bernstorff: Als Staatssekretär Lansing von mir die Abberufung der beiden Herren verlangte, stellte ich sofort an ihn die Frage, ob auch ich durch die Tätigkeit dieser beiden Herren kompromittiert sei. Wenn die amerikanische Regierung dies glaubt, würde ich sofort meine Abberufung beantragen. Staatssekretär Lansing hat mir damals aber категорisch geantwortet: Sie sind in keiner Weise an dieser Angelegenheit beteiligt, und er würde es außerordentlich bedauern, wenn ich Washington verließe, da ich mit allen wichtigen Verhältnissen vertraut war. Diese Aufführung Lansing hat mir Oberst House zwei Tage später in noch härterer Form wiederholt.

Abg. Goehring: Die Stellung der Militär- und Marine-Attache war also völlig selbstständig. Sie waren dem Botschafter nicht untergeordnet. War das allgemein so oder nur bei der deutschen Botschaft?

Graf Bernstorff: Die Stellung der Militär- und Marine-Attache war immer zweifelhaft. In allen militärischen Fragen unterstanden sie direkt den Befehlen, während des Krieges aber hatte sich die Lage infolge verschieden, als die Attache von Washington nach New York überstellt. Ich habe demnach auf die beiden Herren nur insofern Einfluss gehabt, als ich sie hin und wieder in New York sprach. Im übrigen handelten sie vollkommen selbstständig und waren nicht auf das Geld der Botschaft angewiesen. Aehnliche Verhältnisse herrschten überall. In meiner langjährigen diplomatischen Praxis habe ich mehrfach erlebt, daß Militär-Attache z. B. wegen Spionage abberufen wurden, und niemand hat daran gedacht, nun auch die civile Botschaft mit in die Sache hineinzuziehen. Die Verhandlungen dauerten bei Tag und Nacht dieser Ausgabe noch an.

Die Entente zur Schuldfrage.

(Glossar: Druckbericht der Dresdner Nachrichten.)

Berlin, 22. Okt. Die Vernehmungen des Untersuchungsausschusses über die Schuld am Kriege und an den versäumten Friedensmöglichkeiten werden voraussichtlich den ganzen nächsten Monat andauern. Den Vernehmungen wohnen 19 ausländische Pressevertreter bei.

Auch die Havas-Agentur hat einen früher in Paris tätig gewesenen Wiener Journalisten zur direkten Berichterstattung entsandt. Von dem Regierungssprecher ist in August genommen, in der Nationalversammlung die Übereignung der Vernehmungsprotokolle des Untersuchungsausschusses an den Staatsgerichtshof zu beantragen zur Vorbereitung der Verfolgung der Schuldigen. — In Kreisen der Berliner Ententekommission wurde uns auf eine Anfrage erklärt, daß für die Ententekommission keinerlei Interesse an den deutschen Untersuchungen vorliege, da die Schuldfrage nicht in Berlin entschieden würde. Die jetzt vertretenden Zeugen würden bald in Paris und London als Angeklagte zu funktionieren haben.

Genf, 22. Okt. Der „Tempo“ meldet, daß auf Vergründung der Anklage gegen die zur Auflieferung geforderten deutschen Staatsangehörigen die Herausgabe der Geheimakten des Berliner Kabinetts verlangt würde.